

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenenteil: Eduard Gierbschner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 15, Am Köpenicker Baer 2.

Inserate: Die sechs gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 40 Mk.
Arbeitervermittlungen 20 Mk. pro Zeile.
Verbandsanzeigen 4 Mk. pro Zeile.

Erfassung der Sachwerte.

Von Fritz Sarnow.

Die Forderung nach Erfassung der Sachwerte für die Allgemeinheit hat glänzend in den Köpfen der breiten Masse eingeschlagen. Zu tief drückt der finanzielle und wirtschaftliche Jammer unserer Tage auf die Arbeiterklasse, als daß sie nicht jedem Gedanken jubelnd zustimmen würde, der auch nur eine entfernte Möglichkeit der Besserung verspricht. Dazu kommt die tiefe und nur zu sehr berechtigte Erbitterung über die Ungerechtigkeit der heutigen Steuermethoden, die den Plan einer besonderen Sachwertbesteuerung sofort populär machen mußte. Jeder erkennt, daß die Besitzer von Produktionsmitteln, Handelsgütern, land- und forstwirtschaftlichem Grundeigentum, nicht nur wirtschaftlich ungünstiger gestellt sind als die anderen, die Konsumumenten, sondern außerdem noch weitgehende Möglichkeiten besitzen und schamlos ausnützen, sich von den Steuerlasten zu drücken.

Die privilegierte Stellung des Sachwertbesitzes, insbesondere der Betriebsvermögen, ist besonders sichtbar geworden bei der Erhebung des Reichsnotopfers, dem bekannten Kernstück der Erzberger'schen Reichsfinanzreform, die eine erhebliche Abgabe von allen Vermögen vorsah. Stichtag für die Vermögensveranlagung war der 31. Dezember 1919. Die dem Sachkapital inwohnende Tendenz, in Zeiten der Papiermarktentwertung seinen Goldwert zu behalten, während das Geldkapital automatisch im Wert zusammenschrumpft, war damals noch wenig aufgefallen. Man ging deshalb bei der Veranlagung von Betriebsvermögen so vor, daß der noch aus der Vorkriegszeit kommende buchmäßige Nominalwert zugrunde gelegt wurde, d. h. Goldmark und Papiermark wurden als gleichwertige Größen angesehen. Ein Betriebsvermögen eines industriellen Unternehmens von beispielsweise 100 000 Mark wurde genau so eingeschätzt wie ein ebenso großes Geldvermögen, das etwa in Staatspapieren oder auf der Sparkasse angelegt war. Ja, in der Sorge um den Wiederaufbau der Wirtschaft ging man sogar noch weiter und belegte die Betriebsvermögen mit einer geringeren Abgabe als die Geldvermögen. Bekanntlich wurde das Reichsnotopfer zunächst nur zu einem Drittel eingehoben, der Rest sollte zu späteren Terminen eingezogen werden. Inzwischen aber ist durch die weitere katastrophale Geldentwertung, die den Geldbesitz mit voller Wucht getroffen, den Sachbesitz aber gar nicht oder nur wenig berührt hat, das Unsinvolle der Veranlagungsmethode so offenbar geworden, daß man nun übereingekommen ist, den Rest auf Grund einer neuen Veranlagung und in Form von Zuschlägen zur Vermögenssteuer einzuziehen.

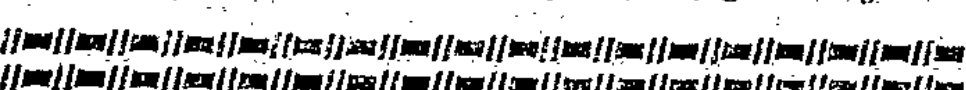
Daß der Sachbesitz ganz anders bewertet werden muß als der Papiermarkbesitz, liegt auf der Hand. Wenn jemand vor dem Krieg glücklicher Besitzer von einer Million Mark war und sie in vierprozentiger Staatsanleihe angelegt hatte, also jährlich 40 000 Mk. Zinsen bezog, war er ein sehr reicher Mann. Wenn er dieses Vermögen unverändert noch heute besitzt, ist er mit den 40 000 Mk. Jahreszinsnahme bereits verarmt, und wenn die Geldentwertung weiter fortschreitet, wird er bald erheblich unter dem Existenzminimum stehen. Da die innere Kaufkraft der Mark kaum noch 3 Pf. bis 4 Pf. beträgt, ist er durch die Geldentwertung bereits um mehr als 96 Prozent seines Vermögens enteignet worden — die gewalttätige Vermögensexpropriation, die in der Geschichte vorgekommen ist.

Wie anders dagegen steht der Sachbesitz da. Wenn auch nicht mit Sicherheit festzustellen ist, in welchem Umfang er im Durchschnitt seinen Goldmarkwert behalten hat, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß er, wenn nicht überall ganz, so doch zum größten Teil der Geldentwertung entgangen ist. Das drückt sich äußerlich darin aus, daß sein Papiermarkwert ebenfalls steigt, wie die Papiermark selbst im Verhältnis zur Goldmark sinkt. Einen, wenn auch nicht ganz ausreichenden Maßstab dafür bietet die Kursbewegung der Aktien, die ja Anteilsherrscher an Betriebsvermögen darstellen. Im allgemeinen und aus Gründen, die näher darauf einzugehen hier zu weit führen würde, bewegt sich die Aktienbewertung noch unter dem tatsächlichen Sachwert der Betriebsvermögen. Im "Berliner Tageblatt" wird ein Aktienindex geführt, der die Veränderungen der Kurse verfolgt. Leider geht dieser Index nur bis zum 1. Januar 1921 zurück, also auf eine Zeit, in der die Marktwertung und dementsprechend die Papiermarkpreislage in Aktien schon sehr weit fortgeschritten war. Der Index für die Aktienkurse am 1. Januar 1921 betrug 100. Am 1. März 1922 nun betrug derselbe Index im Durchschnitt für alle 30 Vorkriegsgruppen zusammengenommen bereits 325. Die Aktienkurse sind also in den angegebenen 14 Monaten, ohne daß ihr Nominalwert sich verändert hätte, ihren Papiermarkpreis um das 3,25fache gesteigert. Ungefähr im gleichen Verhältnis ist im gleichen Zeitraum die innere Kaufkraft der Papiermark gesunken. Der Aktienbesitz ist also von der Geldentwertung gar nicht betroffen worden, und das ist ein Zeichen dafür, daß sich die Sachwerte im allgemeinen in derselben angenehmen Lage befinden.

Wenn der oben angenommene Mann seine Million Mark Staatsanleihe, die seinerzeit auch eine Million Goldmark

repräsentierte, heute verkaufen wollte, würde er dafür nicht einmal eine Million Papiermark bekommen, denn der Kurs dieser Papiere ist gesunken. In Goldmark umgerechnet, würde er kaum noch 30 000 Mk. erzielen. Verkauft aber der Aktienbesitzer Aktien im Nennwert von einer Million, die seinerzeit nicht mehr galten als eine Million in Staatspapieren, so erhält er dafür, je nach dem Kurs seiner Aktien, etwa 15 bis 30 Millionen Papiermark oder gar noch mehr.

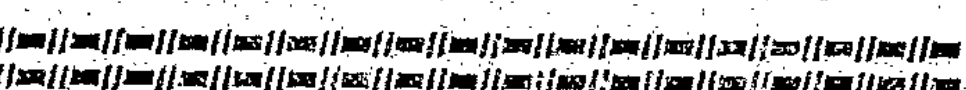
In dieser Gegenüberstellung wird die bevorzugte Stellung des Sachwertbesitzes vollkommen sichtbar. Die Forderung, ihn dieser Sonderstellung und seiner größeren Leistungsfähigkeit entsprechend auch im besonderen Maße bei der Aufbringung der öffentlichen Lasten heranzuziehen, ist so zwingend, daß sie weit über den Rahmen der Arbeiterbewegung hinaus Zustimmung findet. Die bisher angewandten Steuermethoden reichen aber nicht aus, um den Sachwertbesitz auch nur annähernd richtig erfassen zu können. Man muß also zu einer ganz neuen Art der steuerlichen Erfassung für die Sachwerte kommen, und zwar soll dies nach unseren Forderungen in



Im Deutschen Holzarbeiter-Verband wird der Wochenbeitrag in der Höhe eines vertraglichen Mindeststundenlohnes

Erhöhung des Vertragslohnes

erhöhen. In allen Verwaltungsstellen wird bei jeder der fortan zu leistende Wochenbeitrag neu festgesetzt.



Form einer Beteiligung des Reiches an den Sachwerten und ihren Erträgen geschehen.

Leider ist die praktische Durchführung auch der überzeugendsten Prinzipien nicht ganz so einfach wie ihre Formulierung. Wenn es steuerrechtlich möglich wäre, alle Einkommen richtig zu ermitteln, bräuheten wir überhaupt nicht nach neuen Steuermethoden zu suchen, sondern könnten festhalten an unserem alten Steuerprogramm der direkten, mit der Höhe des Einkommens progressiv ansteigenden Einkommensteuer. Aber gerade bei der Einkommensteuer zeigt sich heute, wie ein an sich absolut gerechtes Prinzip in der Praxis ins Gegenteil umschlagen kann. Mit Sicherheit werden nur die Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durch den Lohnabzug erfasst. Die Großverdiener aber, deren Einkommen nach dem Steuertarif bis zu 60 Prozent dem Steuerfiskus verfallen soll, sind nicht zu fassen. Es wäre ungerecht, hier nur bösen Willen bei den Steuerbeamten sehen zu wollen. In dieser Zeit fortgeschrittenster umfangreicher Vermögens- und Einkommensverflechtungen, wo die kaufmännische Moral der gewissenhaften Buchführung vor die Hunde gekommen und von Steueramoral schon gar nicht mehr zu reden ist, muß es schlechterdings unmöglich erscheinen, auf dem Wege der individuellen Veranlagung die ungehörigen Einkommen richtig zu erfassen. Keine Wissenschaft hat während des Krieges und später solche Fortschritte gemacht wie die des Steuerbetriebs. Auch der gerissenste Steuerbeamte ist nicht pflichtig genug, um auf dem Gebiet der Einkommensverflechtung nicht von noch gerisseneren Unternehmern, Händlern und Makulanten — von den Schiebern, die ihr Hauptbuch in der Weltanschauung tragen, ganz zu schweigen — in den Schatten gestellt zu werden.

Es kommt also darauf an, nicht nur die Forderung nach Sachwertbesteuerung zu erheben, sondern auch die Methode zu finden, die verhindert, daß die Sachwertbesitzer sich dem Zugriff entziehen können. In dem Steuerprogramm der zehn Punkte ist die Methode angedeutet: Freilegung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträge der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.

Damit ist in ganz rohen Umrissen ein Weg angedeutet, der bei der Sachwertbesteuerung beschritten werden kann: von einem brauchbaren Gelegetwurf ist diese Formulierung aber noch weit entfernt, und darauf erhebt sie übrigens auch keinen Anspruch. Es wird in erster Linie Aufgabe der parlamentarischen Vertretung der Arbeiter, also der politischen Arbeiterparteien sein, die von der gesamten Arbeiterklasse vertretene Forderung nach Sachwertbesteuerung in einen solchen Gelegetwurf anzumünzen, der den höher zu erwartenden Versuchen der Sachwertbesitzer, sich trotz Verleihs dem Zugriff zu entziehen, von vornherein den Weg verbaut. Daß diese Aufgabe schwer- und gefestiglich nicht ganz leicht zu lösen ist, erkennt man daran, daß bis heute noch keine der dazu berufenen politischen Parteien einen Gelegetwurf vorgelegt hat. Es wäre ungerecht, ihnen daraus einen Vorwurf zu

machen, denn diese Probleme sind im Handumdrehen nicht zu lösen. Geradezu grotesk aber müßte es an, wenn Vertreter derselben politischen Parteien, die von sich aus die Lösung noch nicht finden konnten, auf die Gewerkschaftsorgane losdreschen, weil diese den politisch-parlamentarischen Arbeitervertretungen die Aufgabe nicht abgenommen haben.

Soll das geforderte Gesetz zur Erfassung der Sachwerte nicht ein Schlag ins Wasser werden, müssen schon vorher alle Möglichkeiten, das Gesetz zu umgehen, bis ins einzelne studiert und entsprechende Gegenmaßnahmen vorgesehen werden. Am einfachsten scheinen diese Maßnahmen bei der Erfassung von Unternehmungen in der Form von Aktiengesellschaften zu liegen. Die Gewinne müssen an die Aktionäre verteilt werden, und wenn das Reich ein Viertel sämtlicher Aktien besitzt, wird man es kaum um einen ebenso hohen Anteil der ausgeschütteten Gewinne prellen können. Die Gefahr liegt nur eben darin, daß Gewinne nicht ausgeschüttet, sondern anderweitig verschoben werden. Wenn die Gewinne im Betrieb selbst verbleiben, etwa durch Neuanlagen oder Auffüllung der Reserven, wäre das nicht allzu schlimm, weil damit ja auch der Wert der Anteile in der Hand des Reiches sich erhöhen würde. Die Gewinne können aber auch durch geschäftliche Transaktionen anderer Art verschoben werden, so daß das Unternehmen selbst mit gar keinem oder nur geringem Gewinn abschließt. Man braucht nur daran zu denken, daß unsere Großunternehmungen vielfach aus Tochter- und Schwesterunternehmungen. Man wird durchaus erwarten dürfen, daß die inländischen Betriebe eines solchen Konzerns plötzlich aufhören würden, Gewinne zu machen, während die ausländischen und nicht fassbaren einen um so größeren Segen ausspucken. So gibt es hier für den Gesetzgeber noch manche harten Nüsse zu knacken, um solche Auswirkungen zu verhindern.

Noch schwieriger gestaltet sich die Erfassung von Unternehmungen in anderer Körperschaftsform. Bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist es durchaus keine Seltenheit, daß der Betriebsumsatz sich auf ebensoviele Millionen beläuft, als das Gesellschaftskapital nur Tausende Mark beträgt, während der Gewinn buchmäßig nach dem geringen Gesellschaftsvermögen "abgestimmt" wird. Die tatsächlichen Gewinne werden durch Transaktionen mit den hinter den Gesellschaften stehenden Geldgebern den Blicken etwaiger neuerlicher Steuerbeamten entzogen. Eine bloße Beteiligung am Gesellschaftskapital und an den buchmäßigen Gewinnen würde hier den Zweck der Sachwertbesteuerung vollkommen verfehlen. Und noch viel undurchsichtiger ist die geschäftliche Organisation der Kommanditgesellschaften und der Offenen Handelsgesellschaften.

Am schwierigsten aber wird die richtige Erfassung bei den privaten Unternehmungen, die keine Körperschaftsform haben. Man wird ihnen bis zu einer gewissen Größe durch gesetzlichen Zwang die Körperschaftsform aufzwingen können, aber man kann nicht alle mittleren oder gar kleingewerblichen Betriebe zu Aktiengesellschaften machen. Hier wird also eine andere Form der Erfassung notwendig. Der naheliegende Gedanke, sich zunächst auf die großen Unternehmungen mit Aktienverteilung zu beschränken, wo eine Reichsbeteiligung geschäftlich die geringeren Schwierigkeiten bietet, ist vom volkswirtschaftlichen und insbesondere vom sozialistischen Standpunkt aus abwegig. Eine solche Maßnahme würde zur Folge haben eine Furcht vor der Großindustrie ins Kleingewerbe und damit ein Zurückweichen der technischen Organisation unserer Wirtschaft. Daß wir da als Sozialisten, die wir die Anwendung der höchstentwickelten Betriebstechnik für die Volkswirtschaft aufstreben, nicht mitmachen können, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Ob die privaten Einzelbetriebe durch eine besondere Steuer, etwa der Erhöhung der Gewerbesteuer, ebenso belastet werden können wie die Großbetriebe durch die Reichsbeteiligung, ist eine noch sehr unstrittene Frage. Eine solche Steuer würde die Einzelveranlagung kaum entbehren können, und was dabei herankommt, sehen wir bei der Einkommensteuer. Man wird deshalb wohl den Plan einer Zusammenfassung der Gewerbe zu Steuergemeinschaften oder der Bildung von Zwangs syndikaten mit in den Kreis der Erwägungen ziehen müssen.

Die Erfassung der Sachwerte ist also nicht nur eine Frage der politischen Macht, sondern auch ein überaus kompliziertes finanztechnisches und wirtschaftspolitisches Problem. Die Schwierigkeiten, die der Durchführung unserer grundsätzlichen Forderung entgegenstehen, sind groß, aber nicht unüberwindlich. Sie erkennen, ist die erste Voraussetzung für ihre Überwindung. An die Front im Kampf um die Erfassung der Sachwerte gehören in erster Linie die sozialistischen Volkswirtschaftler und Finanzpolitiker, um zunächst theoretisch die gangbaren Wege aufzuzeigen, die sicher am Ziel führen. Erst wenn dies zwar unzureichend, aber absolut notwendige Aufgabetheorie vollzogen ist, wird zu prüfen sein, wo und wie die Massen einzusetzen sind, um die politischen Widerstände gegen die Erfassung der Sachwerte zu brechen.

Die Allgemeinverbindlichkeit des Reichsmantelvertrages.

Die Verordnung über Tarifverträge usw. vom 23. Dezember 1918 bestimmt, daß der Reichsarbeitsminister Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufs...

Nach dem Abschluß des Reichsmantelvertrages hat es unser Verband für zweckmäßig erachtet, dessen Geltungsbereich soweit...

Das Reichsarbeitsministerium begnügt sich aber nicht, Einwendungen entgegenzunehmen, sondern tut noch ein Übriges...

Wenn man sich diese Vorarbeit vergegenwärtigt, dann muß man annehmen, daß sie verhältnismäßig schnell erledigt war...

Es blieben nun noch wenige Protestanten, in der Hauptsache die Syndikali einziger gemischt-wirtschaftlicher Verbände...

Die Herren machten auch heftige Einwendungen gegen den Vertrag. Sie traten von dem gleichen Standpunkt aus...

Die Komposition der Tarifverträge ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Tarifverträge sind die Grundlage für die Arbeitsbedingungen...

Die Tarifverträge sind ein notwendiger Bestandteil der Wirtschaftsordnung...

willigkeit des Handwerks- und Gewerbetammetages erklärt hatte, im Sinne des Anhangs zum Reichsmantelvertrag...

Die Arbeitgeber haben überhaupt Pech mit ihren Vertretern beim Vertragsabschluss. Einer der Herren, die daran mitgewirkt haben...

Für das Scheitern des Antrages auf Allgemeinverbindlichkeit hätten diese Herren eine große Verantwortung. Den Hauptgrund legte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums...

Nun bleibt nichts übrig, als an das preussische Handelsministerium mit der Bitte heranzutreten, das Material, auf das es seinen Antrag stützt...

Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

Der Rückschl auf den Stand der Wirtschaft im letzten verfügbaren Zeitraum hat im allgemeinen mit dem Zustand...

Die Geldverwertung hat im Monat Februar sehr deutliche Fortschritte gemacht...

preise bewirkten aber nicht etwa eine Zurückhaltung der Kaufkraft, sondern das gerade Gegenteil trat ein...

Als ganz außerordentlicher Erfolg wird die Leipziger Frühjahresmesse gerühmt. Es seien aus dem Inland, vornehmlich aber aus dem Ausland...

Nach den dem „Reichs-Arbeitsblatt“ zugegangenen Einzelberichten für den Monat Februar aus den verschiedenen Zweigen der Holzindustrie...

Für die vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstaltete Erhebung über den Beschäftigungsgrad in einer Anzahl Großbetriebe...

Table with 4 columns: Berufszweig, Beschäftigung, etc. Rows include various industries like Holz, Textil, etc.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, wieviel von je 100 Beschäftigten auf Betriebe mit sehr gutem, gutem, befriedigendem und schlechtem Geschäftsgang entfallen.

Table with 4 columns: Berufszweig, Februar 1923, Januar 1922, Februar 1921. Rows include various industries.

In ganzen hat sich das Verhältnis gegenüber dem Vormonat wenig geändert. Auf Betriebe mit sehr gutem und gutem Geschäftsgang...

Das den Berichten der Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes wurde die folgende Übersicht...

Sicht über den Stand der Arbeitslosigkeit am Schluß des Monats Februar zusammengestellt:

Table with 5 columns: Gau, Berichteten, mit Mitgl., Arbeitslose am 28. Febr., Nicht berichteten mit Mitgl. Includes rows for Ostpreußen, Estlin, Breslau, Berlin, Brandenburg, Dresden, Leipzig, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, Hauptkass.

Februar 1922 1192 386212 3758 0,97 160 13635
Januar 1922 1118 371563 2938 1,06 232 21360

Aus 1192 Verwaltungsstellen mit 386 212 Mitgliedern sind Berichte eingegangen. Von diesen waren am Schluß des Monats einschließlich der geringen Zahl von Durchreisenden 758 oder 0,97 Prozent arbeitslos. Am Schluß des Monats Januar waren 1,06 Prozent der Mitglieder arbeitslos.

Im ganzen genommen, kann die Geschäftslage in der Holzindustrie im Monat Februar als recht gut bezeichnet werden, und dieser Zustand dauert auch zurzeit noch an.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen.

Eine Reichsverordnung vom 18. Februar 1921 bestimmt, daß alle Verordnungen der Reichsministerien und der übrigen Demobilisierungsbehörden, die auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse erlassen sind, spätestens am 31. März 1922 außer Kraft treten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 13. Wochenbeitrag für die Woche vom 26. März bis 1. April 1922 fällig geworden.

In unserem Hauptbureau sind vier Hilfsarbeiterstellen neu zu besetzen. Die Besetzung wird durch Ausschreibung erfolgen.

Als Bewerber sind nur Verbandsmitglieder zugelassen. Die längere Zeit praktische Erfahrungen im ganzen Verbandsleben gesammelt haben und die in schriftlichen Arbeiten und im Rednertum gut bewandert sind.

Die Anstellung erfolgt nach der vom Verbandsvorstand und Verbandsausführung vorgenommenen Wahl zunächst provisorisch

mit sechsmonatiger Kündigung, die definitive Anstellung nach Ablauf eines Jahres. Die Höhe des Gehalts richtet sich nach den Fähigkeiten, die vom Vorstandsvorstand im Rahmen der Verbandsbeschlüsse errechnet werden.

Der Amtsantritt soll möglichst sofort nach der Wahl erfolgen.

Verbandsmitglieder, die sich um diese Stellen bewerben wollen, haben einen selbstgeschriebenen Bericht über die Art und Zeitdauer ihrer Tätigkeit im Verband ihrer Bewerbung beizufügen.

Von dem der heutigen Nummer der 'Holzarbeiter-Zeitung' beiliegenden Flugblatt 'Warum Einführung neuer Beitragsklassen?' kann unentgeltlich an die Verwaltungsstellen nach einer beschränkten Anzahl zur Verteilung an unorganisierte Holzarbeiter abgegeben werden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2. Der Vorstand.

Zentral-Stellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer (tüchtig) nach Völkheim i. Württ., Kottbus, Mindelheim i. Bayern, Osnabrück, Biersen i. Nhd.; (mittl.) nach Lüneburg, Linderode b. Sorau, Berlin; (Kreuzfisch und Holzkreuze) nach Revelac i. Nhd. Interessenten wollen sich schriftlich wenden an H. Dupont, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Zentralkommission der Württen- und Pflanzmacher.

Auf Antrag der Zentralkommission und der Verwaltungsstelle Nürnberg hat der Verbandsvorstand beschlossen, den Sitz der Zentralkommission von Nürnberg nach Berlin zu verlegen.

Kollegen! Es ist nun eure Pflicht, die Zentralkommission in ihrer Tätigkeit mehr als bisher zu unterstützen.

Die Zentralkommission.

J. A. H. Schmalbach, Berlin-Stralau, Markgrafendamm 4.

Korrespondenzen.

Deßau. Die letzten Versammlungen sowohl hier als auch in der Zweigstelle befaßten sich mit der Beitragserhöhung.

Detmold. Die Firma Lauerhans, Straßgeschäft in Detmold, sucht tüchtig Gipsbildhauer im Arbeitsmarkt, obwohl am Ort genügend Arbeitskräfte vorhanden sind.

Gotha. (Bildhauer). Am 12. März fand hier eine Zusammenkunft der Bildhauervereine aus Erfurt, Weimar, Thamar, Mühlhausen, Eisenach und Gotha statt.

Leipzig. (Fahrzeugindustrie). Unsere Kollegen in der Fahrzeugindustrie haben einen sechsmonatigen hartnäckigen Kampf hinter sich.

Einführung der Akkordarbeit. Bei den Lohnverhandlungen für Januar und Februar boten die Unternehmer Zulagen von 1,25 Mk. und 50 Pf. Höhere Zulagen wollten sie nur dann bewilligen, wenn die Akkordarbeit eingeführt werde.

Mindelheim. Unsere Verwaltungsstelle hat sich im Laufe des letzten Jahres sehr gut entwickelt, so daß die Kollegen mit wenigen Ausnahmen unserem Verband angehören.

Tettau (Oberfranken). In der letzten Versammlung beschloß die Verwaltungsstelle, die 16 Mitglieder zählt, der Beitragserhöhung zuzustimmen.

Unsere Lohnbewegung.

Neue Lohnvereinbarungen.

Für den Landesbezirk Hamburg wurde am 18. März verhandelt. Das Ergebnis war eine Erhöhung der Löhne, die am 17. März in Kraft tritt.

Die Verhandlungen für den Landesbezirk Hessen und Hessen-Rassau (südlich) führten am 14. März zu keinem Ergebnis.

Für die Musikinstrumentenindustrie in Leipzig und Zeitz wurde am 24. März in Leipzig verhandelt.

Lohnabkommen für die Modellstecher in Rheinland-Westfalen.

Am 21. März wurde in Köln mit dem Verband der Modellfabrikanten für Rheinland-Westfalen ein Lohnabkommen getroffen.

In Stendham (Neumark) sind die Kollegen und Kolleginnen in der Nittermühlfabrik von Schmidt u. Jahn, und in der Tischlerei von C. H. Jahn am 16. März wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Ausland.

Aussperrung der Holzarbeiter in der Schweiz.

In der Schweiz wollen die Unternehmer den Abbau der Löhne mit Gewalt erzwingen. Ihr Ausnahmeverhalten ist mit einer Verengerung des Stundenlohnes um 15 Prozentes einhergegangen.

Aus der Holzindustrie.

Das Steigen der Holzpreise.

Die „Holzwelt“ brachte kürzlich einen Aufsatz über die Höhe der Holzpreise, dem wir die folgende Zusammenstellung über die Steigerung der Preise für Schnittholz entnehmen. Es handelt sich um Preise für unsortierte Stamm Bretter (frei von 3. Klasse), die im Verkehr der Sägewerke und Zwischenhändler mit dem Holzhandel ab deutsch-polnische Landesgrenze erzielt wurden. Je Kubikmeter wurde gezahlt:

Table with columns for month/year and price per cubic meter for two different sizes (under 36 mm and over 36 mm).

Die Preise steigen von Monat zu Monat und in immer stärkeren Sprüngen. Nach stärker als die Preise für Schnittholz sind die Rundholzpreise gestiegen. Die Sägewerke behaupten bei ihren Holzverkäufen auf ein weiteres starkes Steigen der Schnittholzpreise, aber sie laufen dabei Gefahr, einen Reizfall zu erleben. Das genannte Blatt schreibt: „Drei Jahre hindurch konnte die deutsche Sägewerksindustrie mit ihren Rechnungen die Schnittholzpreise waren so hoch im Verhältnis zum Rohholz, daß verdient wurde. Es scheinen Stellenweise sogar die Gewinne in einer volkswirtschaftlich zunächst nicht ganz vertretbaren Weise aufgehäuft zu werden. Es schien aber nur so zu sein. Denn bei der fortschreitenden Entwertung und der sinkenden Kaufkraft unserer Mark im Inland bedeuten diese Gewinne — es wird das täglich deutlicher erkennbar — nichts weiter als eine Reserve, aus der die Betriebe jetzt die nötigen Zuschüsse entnehmen.“

Das ist ein Geständnis, das man sich merken muß. Die Sägewerksbesitzer haben in den letzten Jahren klug verdient. Sie haben aber trotzdem gewohnheitsmäßig über schlechte Zeiten gemurmelt, und die Behauptung, daß sie aus den aufgehäuften Gewinnen jetzt Zuschüsse leisten müßten, braucht nicht wörtlich genommen zu werden. Die Sägewerksbesitzer rechnen damit, daß die Schnittholzpreise noch viel höher steigen, und sie legen die hohen Preise für Rohholz an in der Hoffnung auf guten Gewinn. Beim Umbauen der gegenwärtigen Geschäftslage dürfen sie auch hoffen, diese Gewinne zu realisieren. Schwierig würde allerdings die Lage, wenn ein Umschwung eintritt und die

Sägewerksindustrie auf ihrer teuer eingekauften Ware sitzen bleibt. Dann freilich kann sie schwere Verluste erleiden. Man braucht sie aber auch dann nicht zu bedauern. Die aufgehäuften Gewinne sind ein Feind, von dem die Industriellen eine Weile zehren können, und schließlich haben sie diese Situation durch ihr unvernünftiges Treiben der Holzpreise selbst hervorgerufen.

Die Entschädigung der Lehrlinge.

Beim Abschluß des Reichsmantelvertrages sind die Bestimmungen des früheren Reichstarifvertrages für die deutsche Holzindustrie fallengelassen worden, nach welchen die Entschädigungssätze für die Lehrlinge in einem bestimmten Verhältnis zu den Vertragslöhnen der Facharbeiter gebracht wurden. Statt dessen wurde vereinbart, daß mit Beschleunigung eine Lehrlingsordnung ausgearbeitet werden soll, in welcher auch die Entschädigungssätze festgelegt werden. Von unserem Verbandsvorstand sind die Vorarbeiten hierzu längst getroffen, und schon vor Monaten ist den Unternehmern ein Entwurf für eine Lehrlingsordnung unterbreitet worden. Auf jener Seite will man aber die Erledigung der Angelegenheit offenbar verschleppen.

Kein Wunder, daß unsere Kollegen im Reich allmählich ungeduldig werden und versuchen, eine örtliche Regelung herbeizuführen. Es ist auch verständlich, wenn man die üblichen Entschädigungssätze, die vielfach den Lehrlingen gewährt werden, mit den Beträgen vergleicht, welche dieselben Unternehmer ihrer Kundschaft für die Stunde Lehrlingsarbeit in Rechnung stellen. In Halle zum Beispiel hat die Sächsischen Zwangsvereinigung ihre Mitglieder angewiesen, ihrer Kundschaft für Lehrlingsarbeit einen Stundenlohn von 7 bis 10 Mk. anzurechnen, während den Lehrlingen nur 30 bis 100 Pf. für die Stunde gezahlt werden. Auf das Gesuchen unserer Verkörtung wegen der Regelung des Kostgeldes in Verhandlung zu treten, hat die Innung schroff ablehnend geantwortet; sie betrachtet diese Frage als eine Angelegenheit, die sie allein zu regeln hat. Damit ist die Sache aber nicht abgetan. Ähnlich wie in Halle liegen die Dinge an vielen anderen Orten. Wenn die Unternehmerorganisationen die Verständigung über die Lehrlingsordnung noch weiter in die Länge zu ziehen versuchen, dann kann man es verstehen, daß unseren Kollegen an den einzelnen Orten der Geduldsfaden reißt.

Gewerkschaftliches.

Streit und Aussperrung in der Metallindustrie.

In der süddeutschen Metallindustrie hat ein Kampf von außergewöhnlichem Umfang eingesetzt. Die Unternehmer haben es verstanden, die Löhne verhältnismäßig niedrig zu halten. Als jetzt die Arbeiter einen Vorstoß unternahmen, um die

Löhne vorwärtszutreiben, beantworteten das die Unternehmer mit dem Anführen einer Verlängerung der Arbeitszeit. In Württemberg kam es zuerst zum Konflikt. In den gepflogenen Verhandlungen machten die Unternehmer geringe Zugeständnisse in der Lohn- und der Ferienfrage, während diese Zugeständnisse wurden unter der Voraussetzung gemacht, daß die Arbeitszeit, die jetzt vertraglich 46 Stunden beträgt, auf 48 Stunden verlängert wird. Nach vergeblichen Verhandlungen kam die Sache vor den Schlichtungsausschuß, der am 24. Februar einen Schiedsspruch fällte, nach dem die Arbeitszeit auf 48 Stunden verlängert wird. In der Urabstimmung wurde dieser Schiedsspruch von 80 Prozent der Arbeiter abgelehnt. Bald darauf wiederholte sich das gleiche Spiel in Bayern. Der Metallarbeiter-Verband entschloß sich, den Kampf aufzunehmen. Der Streik begann nicht einheitlich am gleichen Tage; in der ersten Hälfte des Monats März wurde nach Verlauf der Kündigung die Arbeit in einer Reihe von Städten eingestellt. Wie vorausgesehen war, beantwortete der Verband der Metallindustriellen den Streik mit der Aussperrung. Eindeutig der Aussperrten stehen etwa 100 000 Arbeiter im Kampf, doch dürfte die Höchstzahl der Aussperrten damit nicht erreicht sein. Bei diesem Kampf in der Metallindustrie handelt es sich in der Hauptsache um eine Teilerkennung des Unternehmerriums mit dem Ziel der Verlängerung der Arbeitszeit. Es wird nicht leicht sein, diesen Vorstoß abzuschlagen; der Metallarbeiter-Verband wird alle Kräfte anspannen müssen, um als Sieger aus diesem Ringen hervorzugehen. Der Sympathie der gesamten Arbeiterchaft ist er gewiß. Bei diesem Kampf sind auch einige tausend Holzarbeiter in Mitleidenschaft gezogen.

Die gewerkschaftliche Hilfsaktion für das hungernde Rußland.

Der Internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht eine Übersicht über die ihm zur Verfügung gestellten Beträge zugunsten der Hungerleidenden Rußlands. Insgesamt sind bis zum 15. Januar 1 312 796,31 Gulden eingegangen. Aus Deutschland sind davon 83 585,75 Gulden gekommen, das ist der Unrechnungskurs von 6 237 607 Mk. Bis zum 15. Dezember waren 4 967 202 Mk. aus Deutschland abgeliefert worden, dazu sind bis zum 15. Januar weitere 1 470 865 Mk. hinzugekommen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erneuert seinen Aufruf zu Sammlungen für die dem Hungertode überlieferten Bevölkerung Rußlands. Herzergreifend sind die Stendbilder aus den Hungergebieten. Die Menschenhölle, das Verzehren der Leichen der Gestorbenen breitet sich immer mehr aus. Die im Gefolge des Hungers auftretenden epidemischen Krankheiten heimsuchen bereits die westlichen Länder zu bedrohen. Insbesondere an die Arbeiterchaft richtet sich der Ruf: „Helft, gebt, soviel ihr könnt!“

Gekochene Mitglieder.

- List of names and addresses of members, including names like Ernst Götter, Ernst Götter, etc.

Mehrere Tischler.

- List of names and addresses of carpenters, including names like J. S. Carjeas, J. S. Carjeas, etc.

Einige Tischler.

- List of names and addresses of carpenters, including names like Otto Schäfer, Otto Schäfer, etc.

Flüchtiger Drechsler.

- List of names and addresses of turners, including names like Wilhelm Meine, Wilhelm Meine, etc.

Korbmacher.

- List of names and addresses of basket makers, including names like Paul Fager, Paul Fager, etc.

Amöne Interfien.

- List of names and addresses of various trades, including names like Kurt Kofe, Kurt Kofe, etc.

Willy Hermsdorf.

- List of names and addresses of various trades, including names like Wilhelm Meine, Wilhelm Meine, etc.

Tischlergelelle.

- List of names and addresses of carpenter apprentices, including names like Paul Pfleger, Paul Pfleger, etc.

Tüchtige Sesselbauer.

- List of names and addresses of chair makers, including names like Hermann Kinge, Hermann Kinge, etc.

Tüchtiger Ovaldrechsler.

- List of names and addresses of oval turners, including names like Friedrich Kuhn, Friedrich Kuhn, etc.

Stuhldreher.

- List of names and addresses of chair makers, including names like Max Walker, Max Walker, etc.

Der beste Putzhobel.

- List of names and addresses of various trades, including names like Kurt Kofe, Kurt Kofe, etc.

Warum Einführung neuer Beitragsklassen?

Das deutsche Wirtschaftsleben der Nachkriegszeit steht im Wirbel sich immer aufs neue überstürzender Geldentwertung. Sinken des Wertes unserer Zahlungsmittel bedeutet Steigerung aller Lebenshaltungskosten. Mit raschen Schritten klettern die Preise von Tag zu Tag mehr in die Höhe. Die unerhörte Wertentwertung des notwendigen Lebensaufwandes zwingt die Arbeiterschaft unausweichlich, in kurzen Zwischenräumen immer wieder Lohnbewegungen zu führen, um einen Ausgleich zwischen Preis und Lohn zu schaffen, damit wenigstens einigermaßen der Familienhaushalt im Gleichgewicht gehalten werden kann. Raum ist eine notwendige Lohnerrhöhung durchgekämpft, so sind inzwischen die Preise schon wieder davongesprungen.

Niemals ist die Notwendigkeit nach einer starken kampffähigen und kampfbereiten gewerkschaftlichen Organisation so sinnfällig in die Erscheinung getreten wie in dieser wilden Zeit der immerwährenden Preisrevolution. In der tollen Hehrajah hinter den davonstürmenden Preisen hat nur derjenige Aussicht mitzukommen, der von einer starken Organisation mitgerissen wird. Vereinzelt und ohne Organisation wären die deutschen Holzarbeiter in das tiefste Elend hinabgeschleudert worden.

Aber nur dann kann der Verband die erforderlichen Lohnkämpfe mit Aussicht auf Erfolg führen, wenn er nicht nur an Mitgliedern groß, sondern auch an Finanzkraft stark ist. Eine gefüllte Kriegskasse hält den Gegner in Respekt, und er wird es sich dreimal überlegen, ob er es überhaupt erst auf einen Kampf ankommen lassen will. Ist dennoch ein Streik unvermeidlich, so muß die Unterstützung an die Streikenden so hoch sein, daß sie längere Zeit damit durchhalten können. Um die Schlagkraft des Verbandes und damit die Möglichkeit, Lohnkämpfe mit Erfolg führen zu können, dauernd zu erhalten, muß deshalb die

Unterstützungshöhe der Geldentwertung angepaßt werden.

Das hat weiter zur Folge, daß auch die Beitragshöhe mit der Geldentwertung stets gleichen Schritt halten muß. Im Statut des Verbandes ist deshalb der Grundsatz festgelegt: Der Wochenbeitrag soll gleich einem Stundenlohn sein!

Weges billiges wird damit von den Verbandsmitgliedern verlangt, vielmehr bedeutet diese Beitragsnorm eine weit geringere Beitragsleistung als in der Vorkriegszeit.

Damals betrug der Einheitsbeitrag 60 Pf., obwohl nur die wenigsten Mitglieder einen solch hohen Stundenlohn erzielten. Viele hatten nur 40 Pf. Stundenlohn und mußten also anderthalb Stundenlöhne als Beitrag zahlen, andere hatten kaum mehr als 30 Pf. Stundenlohn und zahlten dennoch 60 Pf. Beitrag.

Die vornehmste Aufgabe des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ist, die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder so günstig wie möglich zu gestalten.

Unter den besonders schwierigen Umständen ist er dieser Aufgabe auch in den letzten beiden Jahren durch Lohnkämpfe in riesenhaftem Ausmaß gerecht geworden. Im Jahre 1920 führte der Verband rund 3700 Lohnbewegungen für mehr als 570 000 beteiligte Personen durch; davon waren 770 Streiks mit 75 000 Beteiligten. Nach einer vorläufigen, noch nicht ganz abgeschlossenen Zusammenstellung für das Jahr 1921 führte der Verband in diesem Jahre weit über 7500 Lohnbewegungen mit über 1 300 000 Beteiligten, wobei wohl jedes Verbandsmitglied mehreremal beteiligt war. 6500 Lohnbewegungen mit 1 200 000 Personen konnten ohne Streik erfolgreich geführt werden. Das ist ein Zeichen der Macht und des Einflusses des Verbandes, denn allein die Tatsache, daß unser Verband bereit und entschlossen zum Kampf dastand, nötigte dem Unternehmertum Zugeständnisse ab, die es nie gemacht hätte, wenn ihm die Holzarbeiterschaft ohnmächtig ohne Organisation gegenüberübergestanden hätte. Immerhin bleiben noch mehr als 1000 Lohnkämpfe mit über 100 000 Kollegen übrig, wo in zum Teil recht langen Streiks das Unternehmertum erst schachtmatt gesetzt werden mußte.



Gewaltig ist der Erfolg der Lohnkämpfe.

Nur einige Beispiele wollen wir anführen. Von März 1921 bis März 1922 stiegen die DurchschnittsStundenlöhne für Eisler und verwandte Berufe in Berlin von 6,— Mk. auf 16,25 Mk., in Rheinland-Westfalen von 6,40 Mk. auf 15,30 Mk., in Sachsen von 6,35 Mk. auf 14,— Mk., in Württemberg und Baden von 5,90 Mk. auf 13,30 Mk., in Schlesien von 5,80 Mk. auf 13,45 Mk., in Ostpreußen von 5,80 Mk. auf 10,55 Mk., in Bayern von 5,90 Mk. auf 13,90 Mk. In all den anderen Landesteilen des Reiches stieg der Lohn im ähnlichen Verhältnis. Diese Steigerungen bedeuten teilweise eine Erhöhung des Wocheninkommens von 250 bis 400 Mk. Fast noch mehr

konnten die kleineren Branchen unseres Verbandes, die früher mit ihren Löhnen sehr weit zurück waren: die Bürstenmacher, die Stockarbeiter, die Knopfmacher, die Arbeiter der Ramminindustrie und vor allem auch die Sägewerksarbeiter, ihre Wochenlöhne steigern.

Die Erhöhung der Löhne hat leider keine absolute Verbesserung der Lebenslage der Holzarbeiter gebracht. Im Steigen der Löhne drückt sich nur die steigende Geldentwertung aus. Das Mehr an Papierscheinen ist durch die Teuerung wie Spreu im Winde zerflattert. Aber waren deswegen unsere Kämpfe etwa überflüssig? Wir fragen:

„Wäre der einzelne Holzarbeiter ohne die im Verbande zusammengefaßte Kraft vieler Berufskollegen imstande gewesen, seine berechtigten Forderungen auf Lohnerhöhung durchzusetzen?“

Die Frage stellen heißt sie verneinen.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband, der tagtäglich Kämpfe zu führen hat, muß allezeit finanziell gerüstet dastehen. Jede Beeinträchtigung seiner finanziellen Leistungsfähigkeit würde die trübsten Folgen haben, denn es müßten die Lohnkämpfe eingeschränkt werden, und der Kampf um höhere Löhne hätte weniger Erfolg. Das Sparen am Verbandsbeitrag ist deshalb die unheilvollste Sparjamkeit.

Ein zu niedriger Beitrag hemmt nicht nur die Schlagkraft des Gesamtverbandes, er macht auch die einzelnen Mitglieder kampfunfähig. Niedriger Beitrag hat zur notwendigen Folge niedrige Unterstützungssätze. Zahlreiche Kollegen haben zu ihrem eigenen Schaden zu spät eingesehen, daß ihre Beitragsklasse und demgemäß die Unterstützungssätze zu niedrig waren, so daß sie bei einem ausbrechenden Streik in schwere Bedrängnis gerieten. Ihnen kann der Verband nicht helfen, denn da er keine anderen Einnahmen als solche aus Beiträgen hat, kann er höhere Unterstützungen auch nur bei höheren Beiträgen zahlen. Darum Sorge jedes Mitglied rechtzeitig dafür, daß es mit der Beitragshöhe und dem Anrecht auf Unterstützungshöhe stets auf dem laufenden bleibt. Automatisch müssen mit jeder Lohnerhöhung auch die Beiträge der Geldentwertung angepaßt werden. Nur so kann die Anwartschaft auf angemessene Unterstützungssätze stets erhalten bleiben.

Um den Verwaltungsstellen und Mitgliedern zu ermöglichen, mit dem steigenden Stundenlohn auch stets in eine entsprechende Beitragsklasse übergehen zu können, mußten höhere Beitragsklassen eingeführt werden, während niedrigere Klassen nunmehr überflüssig geworden sind. Demgemäß gelten vom 1. April 1922 an folgende Beitragsklassen mit der angegebenen Höhe des Wochenbeitrages und der Streikunterstützung:

| Klasse | I | II | III | IV | V | VI | VII | VIII | IX | X |
|---------|----|----|-----|----|----|----|-----|------|----|----------|
| Beitrag | 18 | 16 | 14 | 12 | 10 | 8 | 6 | 4 | 3 | 0,50 Mk. |

Streikunterstützung pro Woche:

| Nach 13 Beiträgen | Klasse | | | | | | | | | |
|-------------------|--------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|------|----|---|
| | I | II | III | IV | V | VI | VII | VIII | IX | X |
| 180 | 156 | 138 | 120 | 102 | 84 | 60 | 40 | 30 | 10 | |
| 216 | 192 | 168 | 144 | 120 | 96 | 72 | 50 | 40 | 13 | |
| 306 | 270 | 240 | 204 | 168 | 132 | 102 | 70 | 54 | 17 | |
| 360 | 324 | 282 | 240 | 204 | 165 | 120 | 80 | 60 | 20 | |
| 402 | 360 | 318 | 270 | 228 | 185 | 135 | 90 | 68 | 24 | |
| 450 | 402 | 348 | 300 | 252 | 210 | 150 | 100 | 76 | 28 | |

Wie zu erkennen ist, sind die Unterstützungssätze in den neuen Beitragsklassen ganz wesentlich erhöht worden; auch die Sätze der anderen Unterstützungsarten sind heraufgesetzt worden. Weiter ist mit dieser Neuregelung beim Übergang in eine höhere Beitragsklasse die Karenzzeit für den Bezug der höheren Unterstützungssätze herabgesetzt worden.

Die Kampffähigkeit zu schützen und zu stärken, ist unabweisbare Pflicht aller Holzarbeiter, die es ernst meinen mit der Vertretung ihrer eigenen und der allgemeinen Arbeiterinteressen.

Neben dem unmittelbaren Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse darf der Verband aber auch seine Kulturaufgaben nicht vernachlässigen.

Groß sind die Preissteigerungen bei allen vom Verband unentgeltlich abgegebenen Bildungsmitteln. Eine Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ kostet beispielsweise heute im Vergleich zur Vorkriegszeit das Doppelte. Wir können der Bildungsmittel trotz enormer Verteuerung nicht entzogen.

Schließlich muß der Verband auch mündliche Agitation betreiben, wodurch dem Verband selbst und seinen Verwaltungsstellen große Kosten anferlegt werden. Stark war der Zustrom an neuen Mitgliedern. Bei den hunderttausenden jungen Verbandsmitgliedern muß die Überzeugung von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung gepflegt werden. Nicht müde dürfen wir werden in der Anfrischung der Gleichgültigen, in der Erweckung der Lauen zum gehoberten Klassenbewußtsein, in der Aufklärungsarbeit von allen Unzufriedenen.

Gemeinsam aller Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen muß werden die Einsicht von der Bedeutung der Kräftezusammenfassung und des

Naturgemäß muß erst einmal für eine gewisse Zeit eine höhere Beitragsleistung erfolgt sein, bevor die höheren Unterstützungen gezahlt werden können. Früher betrug diese Karenzzeit 52 Wochen, der letzte Verbandstag hat sie auf 26 Wochen herabgesetzt. Nunmehr soll die Karenzzeit nur noch 13 Wochen betragen.

Mit dem nunmehr hergestellten Verhältnis zwischen Beitragshöhe und Unterstützungsleistung dürfte das zulässige Höchstmaß der Belastungen für die Verbandskasse erreicht sein. Wenn in der einen oder anderen Gewerkschaft für den gleichen Beitrag höhere Unterstützungsätze gewährt werden, so kann das nur geschehen auf Kosten des Umfangs der Lohnkämpfe, oder die Verhältnisse sind dort so gelagert, daß die Notwendigkeit, zum letzten Mittel des Streiks greifen zu müssen, weniger häufig ist als in der Holzindustrie. Die Gewerkschaftsstatistiken ergeben, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband an Ausgaben für Kampfzwecke mit an erster Stelle steht. Nach der Aufstellung für 1920 sind in unserem Verband 34,7 Prozent der eingezahlten Beiträge in Form von Streikunterstützung wieder an die Mitglieder zurückgefloßen. Mit Ausnahme eines einzigen, ganz kleinen Verbandes hat keine andere Gewerkschaft diesen Satz erreicht; sie bleiben fast alle ganz wesentlich dahinter zurück, und das ist der unwiderlegbare Beweis dafür, daß die Streikunterstützungen an die Mitglieder nirgends so hoch sind als in unserem Verband. Der Gesamtbetrag der Unterstützungen, die der Verband im Jahre 1920 an seine Mitglieder gezahlt hat, beträgt über 55 Prozent der gesamten Beitragsleistung.

Im Jahre 1920 zahlte der Verband über 25 Millionen Mark Unterstützung, davon waren fast 18 Millionen Mark Kampfunterstützung. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung ist die Unterstützungssumme im Jahre 1921 mächtig hinaufgeschwollen. Sie betrug insgesamt rund 34 Millionen Mark. Von dieser Summe entfielen auf die Kampfunterstützung über 27 Millionen Mark, und mehr als 6 Millionen Mark wurden an Arbeitslose, für Kranke, für Wandernde und in Not Geratene angewendet. Die ausgezahlten Unterstützungen haben Tausende und aber Tausende Holzarbeiter vor der bittersten Not bewahrt. Vor allem konnte die wichtigste gewerkschaftliche Arbeit erfüllt werden:

Günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die Erfolge des Verbandes auf diesem Gebiete sind allen Mitgliedern bekannt, denn jeder hat Anteil daran. Die Lohnerhöhungen, die jeder einzelne durch die Tätigkeit des Verbandes erlangt hat, sind unendlich viel größer als der Beitrag, den er dem Verband entrichtet. Darum wäre nichts törichter, als am Verbandsbeitrag sparen zu wollen, weil das gleichbedeutend wäre mit der Einschränkung der Lohnbewegungen und damit einem Zurückbleiben des Lohnes.

Die ideale und materielle Stärkung des Verbandes ist die Voraussetzung für die Verwirklichung des schlußfertigen Strebens, zur höheren Kultur anzufertigen.

Ein festes Bollwerk muß der Verband bleiben in der wildbewegten See der heutigen Zeit.

Jeder Kollege und jede Kollegin, die in diesen Tagen in eine höhere Beitragsklasse übergetreten sind, haben das im ureigenen Interesse getan, denn sie stärken den Verband, und damit stärken sie sich selbst.

„Keiner stelle sich abseits oder entschuldige sich damit, daß er ein einzelner sei und in der langen Kette zu unterst stehe. Er bildet ein Glied, ob das erste oder das letzte, ist gleichgültig. Es zählen alle für einen und einer für alle.“

Berlin, Ende März 1922.

Der Vorstand
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.